

Kalt erwischt

Dass Ostfriesland unter der Krise der **Windenergie** leiden würde, wurde erwartet. Aber nicht, dass es so schlimm kommt. **Energieminister** Olaf Lies (SPD) hat einen Rettungsplan vorgeschlagen
Von **Gernot Knödler**

Aurichs Bürgermeister Horst Feddermann (parteilos) ist noch keine zwei Wochen im Amt und statt zu gestalten, muss er sich mit einer Krise erster Ordnung auseinandersetzen. Der Windkraftanlagenhersteller Enercon hat angekündigt, einen ganzen Produktionszweig stillzulegen und insgesamt 1.500 Arbeitsplätze abzubauen. Das ist jeder zehnte Arbeitsplatz im produzierenden Gewerbe im Landkreis.

Er sei ja darauf eingestellt gewesen, dass da was kommen würde, sagt der Bürgermeister, aber nicht so schnell und nicht so drastisch. "Ich bin immer noch geschockt", sagt Feddermann, der sich fragt, was jetzt aus den Mitarbeitern und deren Familien werden soll.

Enercon ist Opfer der Notbremse geworden, die die Große Koalition in Berlin beim Windkraftausbau gezogen hat. Aus Angst, die Stromkosten aus dem **Erneuerbare-Energien**-Gesetz (EEG) könnten politisch zu kostspielig werden, stellte sie die Förderung von Windkraftanlagen um und begrenzte damit den Ausbau.

Zudem kam es zu einem Genehmigungsstau: Aufgrund des Ausschreibungsdesigns erhielten für den Windstrom an Land (Onshore) viele Bürgerwindparks den Zuschlag, noch bevor sie die immissionsschutzrechtliche Genehmigung erhalten hatten. Sie belegten Kontingente bei der Einspeisung, konnten aber noch nicht losbauen.

Die Nachfrage nach Windrädern in Deutschland an Land, auf die Enercon spezialisiert ist, gab deshalb massiv nach. Nach einem ersten Einbruch 2018 kam die Installation im ersten Halbjahr 2019 fast zum Erliegen. Nur rund 150 Windräder wurden neu errichtet, circa 80 Prozent weniger als im Vorjahr. Enercon hat in den ersten zehn Monaten dieses Jahres nur 65 Anlagen errichtet. Im Boomjahr 2017 waren es noch 711 gewesen.

Nach Angaben von Enercon-Sprecher Felix Rehwald hat das Unternehmen 2018 erstmals einen Verlust verbucht und 200 Millionen Euro abgeschrieben. 800 Arbeitsplätze wurden abgebaut. Für das laufende Jahr erwartet der Sprecher einen noch höheren dreistelligen Millionenbetrag als Verlust. "Der deutsche Markt ist für uns einfach weg", sagt Rehwald. Und auch das Klimaschutzgesetz der schwarz-roten Bundesregierung biete keine Zukunftsperspektive. Im Gegenteil: Es erschwere den Ausbau.

Von den 1.500 Arbeitsplätzen, die aktuell in Ostfriesland zur Disposition stehen, fallen 250 bis 300 bei Enercon selbst und die übrigen bei "direkten Produktionspartnern" weg. Darüber hinaus dürfte die ganze Region in Mitleidenschaft gezogen werden. "Enercon ist ohne Wenn und ohne Aber einer der industriellen Treiber unseres Kammerbezirks", sagt Jan Amelsbarg von der Industrie- und Handelskammer (IHK) Ostfriesland und Papenburg.

Enercon habe den gleichen Stellenwert wie das VW-Werk in Emden und die Meyer-Werft in Papenburg. Mit den Beschäftigten gehe auch Know-How verloren und "eine hart erarbeitete Wertschöpfungskette" zu Bruch. Betroffen würden Zulieferer, wie die Gießerei in Georgsheil oder die Betonturmfabrik in Emden. Das reiche bis hin zu den LKW-Speditionen, die sich darauf spezialisiert hätten, die fertigen Anlagen abzutransportieren.

Aus Amelsbargs Sicht geht es jetzt darum, Schlimmeres zu verhindern. Dabei sieht er das Land Niedersachsen auf seiner Seite. "Die niedersächsische Landesregierung denkt und tickt, was das Thema Wind angeht, genauso wie wir", sagt der IHK-Mann.

Niedersachsens Umwelt- und **Energieminister** Olaf Lies (SPD) hat zur Rettung der Arbeitsplätze einen Sofortplan "Rückenwind für Onshore-Wind" vorgeschlagen. Von der Bundesregierung erwarte er "die Vorlage eines Maßnahmen-Pakets für zügigere Planungs-, Genehmigungs- und Beteiligungsverfahren, das schnellstmöglich umgesetzt wird".

Ohne einen massiven Zubau von Onshore-Windkraft werde Deutschland seine Klimaziele verfehlen. Nach der Photovoltaik dürfe die Bundesregierung nicht auch noch die Windindustrie vor die Wand fahren. Konkret fordert Lies, die Einschränkungen durch die zivile Flugsicherung zu prüfen, die Einspeisevergütung auf zwei Jahre festzuschreiben, das Kurzarbeitergeld zu verlängern, Bürgschaften zu stellen, Innovationen zu fördern und für Akzeptanz der **Windenergie** zu werben.



Rund die Hälfte von ihnen wurde bisher im Inland errichtet: Enercon-Windkraftanlagen Julian Stratenschulte/dpa
Gernot Knödler

Quelle: taz.die tageszeitung vom 13.11.2019, Seite 26

Dokumentnummer: T20191311.5637118

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/TAZ_e3b863fa7caa3bb3fe56aa69ee3008002ea3a056

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH